



Detailansicht des Registereintrags

Verband der Firmenpensionskassen e.V.

Aktuell seit 06.10.2026 13:41:11

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002454
Ersteintrag:	01.03.2022
Letzte Änderung:	06.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.05.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Straße der Pariser Kommune 8 8 10243 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493089601765 E-Mail-Adressen: geschaeftsstelle@vfpk.de Webseiten: <u>www.vfpk.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

40.001 bis 50.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Helmut Aden**
Funktion: Vorsitzender des Vorstands
2. **Christian Jacob**
Funktion: Vorstand
3. **Andreas Hilka**
Funktion: Vorstand
4. **Dr. Michael Saß**
Funktion: Vorstand
5. **Heike Pohl**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. **Dr. Helmut Aden**
2. **Christian Jacob**
3. **Andreas Hilka**
4. **Dr. Michael Saß**
5. **Heike Pohl**

Gesamtzahl der Mitglieder:

20 Mitglieder am 14.03.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (3):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Rente/Alterssicherung; Versicherungswesen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Verband der Firmenpensionskassen e.V. (VFPK) ist die Interessenvertretung der regulierten Pensionskassen in Deutschland.

Regulierte Pensionskassen organisieren gemeinsam mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern die betriebliche Altersvorsorge für die Beschäftigten der Mitgliedsunternehmen und schaffen für sie einen sozialen Mehrwert. Die 20 VFPK-Mitglieder repräsentieren mehr als 9.000 angeschlossene Trägerunternehmen, bei denen knapp 1,5 Millionen Beschäftigte versorgt sind. Sie zahlen 2 Mrd. Euro Jahresrenten an über 425.000 Rentnerinnen und Rentner aus. Die Bilanzsumme der im

Verband zusammengeschllossenen Kassen beträgt rund 73 Mrd. Euro.

Aufgabe des Verbandes ist die Förderung der betrieblichen Altersversorgung - insbesondere den Durchführungsweg Pensionskassen - als wesentliches Element des Alterssicherungssystems in der Bundesrepublik Deutschland. Dafür begleitet der Verband aktiv die politische und gesellschaftliche Debatte zur (betrieblichen) Altersvorsorge. Er informiert die Öffentlichkeit, Entscheidungsträger und Aufsichtsbehörden sachlich und verständlich über die spezifischen Belange der betrieblichen Pensionskassen, ihrer Trägerunternehmen und ihrer Arbeitnehmer. Zudem begleitet er politische und gesetzgeberische Vorhaben mit seiner fachlichen Expertise und tritt für die Interessen der sozialpartnerschaftlichen betrieblichen Altersvorsorge ein.

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetz

Beschreibung:

Ablehnung des Festschreibens des Rentenniveaus bei 48%; Befürwortung der stärkeren Berücksichtigung der Komponente "Kapitaldeckung"; Realisierung der Kapitaldeckung über die Altersvorsorge-Säulen 2 (bAV) und 3 (privat), nicht über Säule 1 (gesetzliche Rente).

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11898 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung (Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 6 [alle RV hierzu]; EntsorgFondsGZVereinnV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2404300008 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. Optimierung der DORA-Umsetzung für Pensionskassen durch Berücksichtigung von Proportionalität und nationalen Besonderheiten

Beschreibung:

Eindämmung der Regulierungsflut, um Überregulierung der Pensionskassen und kontraproduktive Effekte zu verhindern; Anwendung des Grundsatzes der Proportionalität auf die vorgeschlagenen Regulierungsmaßnahmen; Anerkennung und Berücksichtigung der unterschiedlichen Größen und Geschäftsmodelle in dem Sektor bAV; Anpassen des Regulierungstempos, so dass Regulierungen auch mit der gebotenen Sorgfalt umgesetzt werden können; EU Vorgaben müssen pragmatisch umgesetzt werden, die Anforderungen dürfen nicht zusätzlich durch übermäßige nationale Vorgaben erhöht werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10280 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Digitalisierung des Finanzmarktes
(Finanzmarktdigitalisierungsgesetz - FinmadiG)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2405160002 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Zweites Gesetz zur Änderung des Betriebsrentengesetzes und zur Änderung anderer Gesetze

Beschreibung:

Als VFVK verfolgen wir die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge. Wir begrüßen einen Großteil der im Rahmen des BRSG2 angestoßenen Änderungen. Den Vorschlag einer pflichtmäßigen Verwendung des Abfindungsbetrages als Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung sehen wir jedoch kritisch. Darüber hinaus soll die Aufnahme einer Regelung in die Satzung ergänzt werden, nach der die oberste Vertretung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde einen Beschluss zur teilweisen Auflösung der Verlustrücklage fassen kann. Ferner regen wir eine Anpassung in der Definition der Infrastrukturquote an.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 488/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (2. Betriebsrentenstärkungsgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMAS): Zweites Gesetz zur Änderung des Betriebsrentengesetzes und zur Änderung anderer Gesetze (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BetrAVG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; VAG 2016 [alle RV hierzu]; AnlV 2016 [alle RV hierzu]; PFAV [alle RV hierzu]; VVG 2008 [alle RV hierzu]; VVGEG [alle RV hierzu]; SGB 4 [alle RV hierzu]; SvEV [alle RV hierzu]; SGB 6 [alle RV hierzu]; SGB 9 2018 [alle RV hierzu]; SGB 10 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506260066 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Finanzierung von zukunftssichernden Investitionen**

Beschreibung:

Als VFPK setzen wir uns dafür ein, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, von denen ganz konkret die künftigen Leistungsbezieher unserer Kassen profitieren können. Daher fordern wir, die Kapitalanlage im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung praktikabler und offener für renditeträchtige Anlageklassen zu gestalten, um höhere Alterseinkommen für unsere Versicherten zu erzielen. Darüber hinaus soll der Wegfall des Steuerfreiheitsprivileg vermieden werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14513 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Finanzierung von zukunftssichernden Investitionen (Zweites Zukunftsfinanzierungsgesetz - ZuFinG II)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Finanzierung von zukunftssichernden Investitionen (Zweites Zukunftsfinanzierungsgesetz - ZuFinG II) (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

HGB [alle RV hierzu]; SpruchG [alle RV hierzu]; WPapUmstG [alle RV hierzu]; WpHG [alle RV hierzu]; WpDVerOV 2018 [alle RV hierzu]; WpDPV 2018 [alle RV hierzu]; WpÜGBMV [alle RV hierzu]; WpPG [alle RV hierzu]; VermAnlG [alle RV hierzu]; AktGEG [alle RV hierzu]

; AktG [alle RV hierzu]; eWpG [alle RV hierzu]; InvStG 2018 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; GewO [alle RV hierzu]; KredWG [alle RV hierzu]; GroMiKV 2014 [alle RV hierzu]; FinDAG [alle RV hierzu]; FKAG [alle RV hierzu]; ZAG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

5. **Sicherstellung der Ausweitung neuer Fördermöglichkeiten auf die bAV, Erhalt bewährter Strukturen und klare Regelung der Schnittstellen zur pAV.**

Beschreibung:

Der Verband der Firmenpensionskassen e.V. (VFPK) setzt sich dafür ein, dass die Reform der privaten Altersvorsorge (pAV) die bewährten Strukturen der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) nicht beeinträchtigt. Neue Fördermöglichkeiten sollen auf bestehende und zukünftige zulagengeforderte bAV-Verträge ausgeweitet werden, ohne zusätzliche regulatorische Belastungen oder Komplexitäten zu schaffen. Zudem müssen die Schnittstellen zwischen bAV und pAV klar geregelt werden, um Konflikte zu vermeiden. Arbeits- und steuerrechtliche Rahmenbedingungen für neue Produktvarianten wie Beitragsgarantien und Übertragungsmöglichkeiten sollen präzise und praktikabel definiert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14027 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge und zur Einführung eines Altersvorsorgedepots (Altersvorsorgedepotgesetz)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Gesetz zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge (pAV-Reformgesetz) (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2512150044** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. **SG2603260042** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

6. **Positionierung zur Stärkung der bAV: Einführung eines Obligatoriums mit Opting-Out, Entlastung bei Steuern, Sozialabgaben und Bürokratie.**

Beschreibung:

Gegenstand der Interessenvertretung ist die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) durch eine gesetzgeberische Weiterentwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen für regulierte Pensionskassen in Deutschland. Ziel ist insbesondere die Förderung eines bAV-Obligatoriums mit Opting-Out, die Ermöglichung renditestärkerer Kapitalanlagen durch Anpassung der Anlageverordnung, die Entlastung der Versorgungsberechtigten durch Abschaffung der Doppelverbeitragung sowie der Abbau bürokratischer Hürden durch eine verhältnismäßige und abgestimmte Regulierung.

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2503260098** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2603260044** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. **Zweites Gesetz zur Änderung des Betriebsrentenstärkungsgesetzes und zur Änderung anderer Gesetze**

Beschreibung:

Ein erstes positives Zeichen könnte gesetzt werden, in dem das bereits abgestimmte Zweite Betriebsrentenstärkungsgesetz aus der vergangenen Legislaturperiode erneut eingebracht und in der letzten Version umgesetzt würde. Ohne den Ergebnissen der Rentenkommission vorgreifen zu wollen, würde vieles, was hier vorgesehen war, die Rahmenbedingungen für die bAV (bereits) tatsächlich verbessern.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 488/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (2. Betriebsrentenstärkungsgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BetrAVG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; VAG 2016 [alle RV hierzu]; AnlV 2016 [alle RV hierzu]; PFAV [alle RV hierzu]; VVG 2008 [alle RV hierzu]; VVGEG [alle RV hierzu]; SGB 4 [alle RV hierzu]; SvEV [alle RV hierzu]; SGB 6 [alle RV hierzu]; SGB 9 2018 [alle RV hierzu]; SGB 10 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

8. **Zweites Gesetz zur Änderung des Betriebsrentenstärkungsgesetzes und zur Änderung anderer Gesetze**

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben zielt darauf ab, den Gesetzentwurf zum Betriebsrentenstärkungsgesetz II dahingehend zu erweitern, dass alle Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) eine rechtliche Grundlage erhalten, um am automatisierten Datenaustausch mit der Deutschen Rentenversicherung nach § 148 Abs. 3 SGB VI teilnehmen zu können. Zudem soll die Datenverarbeitungsbefugnis nach § 69 Abs. 2 Nr. 2 SGB X auf alle EbAV ausgedehnt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1859 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (Zweites Betriebsrentenstärkungsgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BetrAVG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; VAG 2016 [alle RV hierzu]; AnlV 2016 [alle RV hierzu]; PFAV [alle RV hierzu]; VVG 2008 [alle RV hierzu]; SGB 4 [alle RV hierzu]; SvEV [alle RV hierzu]; SGB 6 [alle RV hierzu]; SGB 10 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512150043** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.11.2025 an:

Bundestag

9. **Positionierung zum Sozialpartnerdialog: Stärkung der bAV, mehr Raum für garantiefreie Produkte, Entlastung bei Sozialabgaben und Bürokratie**

Beschreibung:

Gegenstand der Interessenvertretung ist die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung (bAV) im Rahmen des Sozialpartnerdialogs, damit ein Versorgungsniveau von mindestens 70 Prozent erreicht wird. Ziel ist insbesondere, Sozialpartnermodelle auch auf betrieblicher Ebene zu ermöglichen, damit garantiefreie Produkte zugänglich werden. Außerdem sollen die Förderung für Geringverdienende ausgebaut, die Sozialabgaben im Rentenbezug gesenkt und Bürokratie durch eine abgestimmte Regulierung abgebaut werden.

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2610060019** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.10.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

10. **Positionierung zur Alterssicherungskommission: Pensionskassen einbinden, Automatic Enrolment mit Opt-out, Regulierung modernisieren**

Beschreibung:

Gegenstand der Interessenvertretung ist die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung (bAV) bei der Umsetzung der Empfehlungen der Alterssicherungskommission. Ziel ist insbesondere, die regulierten Pensionskassen als bestehende Struktur für den Ausbau der kapitalgedeckten Vorsorge zu nutzen und sie in den Sozialpartnerdialog einzubeziehen. Außerdem soll ein verbindliches Automatic-Enrolment-Modell mit Opt-out und gezielter Förderung kleiner und mittlerer Einkommen eingeführt werden. Für künftige Beiträge sollen kapitalmarktorientierte Lösungen mit kollektiver Absicherung möglich werden.

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2610060020** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.08.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. **SG2610060021** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.07.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

110.001 bis 120.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

VFPK_Jahresabschluss_2025.pdf